

## Menschenhandel bekämpfen - alle Opfer von Gewalt schützen!

Jahr für Jahr werden mehrere Hunderttausende Opfer von Menschenhandel. Frauen sind insbesondere vom Handel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung sowie vom Handel in die Ehe betroffen. Dabei werden Frauen im Rahmen ihrer Heiratsmigration bewusst getäuscht, in ihrer Selbstbestimmung eingeschränkt und erleiden Gewalt. Gleichzeitig werden Frauen und Männer zum Zweck der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft ‚verkauft‘. Dieser Handel findet vor allem in den Bereichen Baugewerbe, Hotel- und Gaststättengewerbe, aber auch in private Haushalte als Putzhilfen, Kindermädchen oder Pflegekräfte statt.

### Schwarz-Gelb verschärft Restriktionen

Die restriktive bundesdeutsche Einwanderungspolitik leistet diesen Abhängigkeitsverhältnissen Vorschub. Die Bundesregierung redet vom Schutz der Frauenrechte, erhöht aber gleichzeitig die Ehebestandszeit von zwei auf drei Jahre, wodurch betroffene Frauen ein Jahr länger in einem ehelichen Gewaltverhältnis ausharren müssen.

### DIE LINKE will die Opfer besser schützen und ihnen helfen

Solange die Betroffenen keinen sicheren Aufenthaltsstatus erlangen, sind die Täter dadurch geschützt, dass die Opfer Angst haben, gegen sie auszusagen. Die Opfer müssen den Zugang zu einem verlängerbaren Aufenthaltstitel erhalten und zwar unabhängig davon, ob sie bereit sind, in einem Strafverfahren zu kooperieren. Mit diesem Aufenthaltstitel muss den Betroffenen auch der Zugang zu sozialen Leistungen, Bildungsangeboten und dem Arbeitsmarkt ermöglicht werden.

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

## Menschenhandel bekämpfen - alle Opfer von Gewalt schützen!

Jahr für Jahr werden mehrere Hunderttausende Opfer von Menschenhandel. Frauen sind insbesondere vom Handel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung sowie vom Handel in die Ehe betroffen. Dabei werden Frauen im Rahmen ihrer Heiratsmigration bewusst getäuscht, in ihrer Selbstbestimmung eingeschränkt und erleiden Gewalt. Gleichzeitig werden Frauen und Männer zum Zweck der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft ‚verkauft‘. Dieser Handel findet vor allem in den Bereichen Baugewerbe, Hotel- und Gaststättengewerbe, aber auch in private Haushalte als Putzhilfen, Kindermädchen oder Pflegekräfte statt.

### Schwarz-Gelb verschärft Restriktionen

Die restriktive bundesdeutsche Einwanderungspolitik leistet diesen Abhängigkeitsverhältnissen Vorschub. Die Bundesregierung redet vom Schutz der Frauenrechte, erhöht aber gleichzeitig die Ehebestandszeit von zwei auf drei Jahre, wodurch betroffene Frauen ein Jahr länger in einem ehelichen Gewaltverhältnis ausharren müssen.

### DIE LINKE will die Opfer besser schützen und ihnen helfen

Solange die Betroffenen keinen sicheren Aufenthaltsstatus erlangen, sind die Täter dadurch geschützt, dass die Opfer Angst haben, gegen sie auszusagen. Die Opfer müssen den Zugang zu einem verlängerbaren Aufenthaltstitel erhalten und zwar unabhängig davon, ob sie bereit sind, in einem Strafverfahren zu kooperieren. Mit diesem Aufenthaltstitel muss den Betroffenen auch der Zugang zu sozialen Leistungen, Bildungsangeboten und dem Arbeitsmarkt ermöglicht werden.

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

## Menschenhandel bekämpfen - alle Opfer von Gewalt schützen!

Jahr für Jahr werden mehrere Hunderttausende Opfer von Menschenhandel. Frauen sind insbesondere vom Handel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung sowie vom Handel in die Ehe betroffen. Dabei werden Frauen im Rahmen ihrer Heiratsmigration bewusst getäuscht, in ihrer Selbstbestimmung eingeschränkt und erleiden Gewalt. Gleichzeitig werden Frauen und Männer zum Zweck der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft ‚verkauft‘. Dieser Handel findet vor allem in den Bereichen Baugewerbe, Hotel- und Gaststättengewerbe, aber auch in private Haushalte als Putzhilfen, Kindermädchen oder Pflegekräfte statt.

### Schwarz-Gelb verschärft Restriktionen

Die restriktive bundesdeutsche Einwanderungspolitik leistet diesen Abhängigkeitsverhältnissen Vorschub. Die Bundesregierung redet vom Schutz der Frauenrechte, erhöht aber gleichzeitig die Ehebestandszeit von zwei auf drei Jahre, wodurch betroffene Frauen ein Jahr länger in einem ehelichen Gewaltverhältnis ausharren müssen.

### DIE LINKE will die Opfer besser schützen und ihnen helfen

Solange die Betroffenen keinen sicheren Aufenthaltsstatus erlangen, sind die Täter dadurch geschützt, dass die Opfer Angst haben, gegen sie auszusagen. Die Opfer müssen den Zugang zu einem verlängerbaren Aufenthaltstitel erhalten und zwar unabhängig davon, ob sie bereit sind, in einem Strafverfahren zu kooperieren. Mit diesem Aufenthaltstitel muss den Betroffenen auch der Zugang zu sozialen Leistungen, Bildungsangeboten und dem Arbeitsmarkt ermöglicht werden.

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

## Menschenhandel bekämpfen - alle Opfer von Gewalt schützen!

Jahr für Jahr werden mehrere Hunderttausende Opfer von Menschenhandel. Frauen sind insbesondere vom Handel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung sowie vom Handel in die Ehe betroffen. Dabei werden Frauen im Rahmen ihrer Heiratsmigration bewusst getäuscht, in ihrer Selbstbestimmung eingeschränkt und erleiden Gewalt. Gleichzeitig werden Frauen und Männer zum Zweck der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft ‚verkauft‘. Dieser Handel findet vor allem in den Bereichen Baugewerbe, Hotel- und Gaststättengewerbe, aber auch in private Haushalte als Putzhilfen, Kindermädchen oder Pflegekräfte statt.

### Schwarz-Gelb verschärft Restriktionen

Die restriktive bundesdeutsche Einwanderungspolitik leistet diesen Abhängigkeitsverhältnissen Vorschub. Die Bundesregierung redet vom Schutz der Frauenrechte, erhöht aber gleichzeitig die Ehebestandszeit von zwei auf drei Jahre, wodurch betroffene Frauen ein Jahr länger in einem ehelichen Gewaltverhältnis ausharren müssen.

### DIE LINKE will die Opfer besser schützen und ihnen helfen

Solange die Betroffenen keinen sicheren Aufenthaltsstatus erlangen, sind die Täter dadurch geschützt, dass die Opfer Angst haben, gegen sie auszusagen. Die Opfer müssen den Zugang zu einem verlängerbaren Aufenthaltstitel erhalten und zwar unabhängig davon, ob sie bereit sind, in einem Strafverfahren zu kooperieren. Mit diesem Aufenthaltstitel muss den Betroffenen auch der Zugang zu sozialen Leistungen, Bildungsangeboten und dem Arbeitsmarkt ermöglicht werden.

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G